



Dr. Jürgen Micksch

Seit 1970 haben die Kirchen in Hessen und Württemberg ange-regt, »Tage des ausländischen Mitbürgers« durchzuführen. Als Ausländerreferent der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) griff ich diese Idee auf und gewann im Frühjahr 1973 den Griechisch-Orthodoxen Metropoliten in Deutschland, Irineos, als Unterstützer für einen bundesweiten Tag. Schwieriger gestalteten sich diese Bemühungen mit der evangelischen und katholischen Kirche. Anfang 1974 konnten wir einen »Zentralen Vorbereitungsausschuss« einrichten, dem Vertretungen der evangelischen, griechisch-orthodoxen und römisch-katholischen Kirche angehörten. Er hat den ersten bundesweiten Tag des ausländischen Mitbürgers am 12. Oktober 1975 veranstaltet.

In den Kirchengemeinden fand dieses Anliegen nur wenig Interesse und Unterstützung. Ausländerfragen wurden damals als soziale Herausforderung angesehen und der Diakonie und Caritas zugeordnet. Die Kirchen fühlten sich für pastorale Fragen der Ausländerseelsorge zuständig und wollten es dabei belassen.

»MITEINANDER FÜR GERECHTIGKEIT«

Die Zusammenarbeit im Vorbereitungsausschuss war anfangs schwierig. So konnten wir uns lange nicht über ein gemeinsames Motto verständigen. Mein Vorschlag für »Miteinander für Gerechtigkeit« wurde von



einem Prälaten aus Bayern vehement als zu politisch abgelehnt. Er war für »Miteinander – füreinander«. Die Debatten dazu waren so erregt, dass der Prälat unter Protest den Ausschuss verließ. Das erste Motto hieß dann »Miteinander für Gerechtigkeit« und wurde in verschiedenen Sprachen auf unser Plakat gesetzt. Erst nach der Verbreitung der Plakate wurden wir davon informiert, dass die türkische Übersetzung gleichlautend mit der Parole der Türkischen Kommunistischen Partei war – das löste natürlich kritische Reaktionen aus.

»DIE BUNDESREPUBLIK IST ZUM EINWANDERUNGS-LAND GEWORDEN«

Für den Tag des ausländischen Mitbürgers am 24. September 1978 bereiteten wir ein Wort der Kirchen vor, das von den Vorsitzenden der evangelischen, griechisch-orthodoxen und katholischen Kirche unterschrieben werden sollte. In dem von der evangelischen und orthodoxen Kirche genehmigten Entwurf formulierten wir: »Für viele unter ihnen (den damals 4 Millionen Ausländern, J.M.) ist die Bundesrepublik faktisch zum Einwanderungsland geworden.« Dieses »faktisch« störte offensichtlich den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höfner, und so strich er es. Das Gemeinsame Wort wurde dadurch zum Affront für eine Politik, die jahrzehntelang nur die eine ständig wiederholte Konzeption gegenüber Ausländerinnen und Ausländern kannte: »Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland.« Erst zwei Jahrzehnte später fand hier zu ein politisches Umdenken statt.



»WIR LEBEN IN DER BUNDESREPUBLIK IN EINER MULTIKULTURELLEN GESELLSCHAFT«

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss (ÖVA) entschied sich im Jahr 1980 für das Motto »Verschiedene Kulturen – gleiche Rechte. Für eine gemeinsame Zukunft«. Dazu entwickelten wir mit dem bekannten Graphiker Prof. Gunter Rambow eine hervorragende Plakatreihe, die immer wieder nachgedruckt wurde. Aber das Motto wurde damals nicht verstanden und in Gemeinden auch kaum aufgegriffen. Um die Diskussion anzuregen, erstellte ich ein Thesenpapier mit der ersten These: »Wir leben in der Bundesrepublik in einer multikulturellen Gesellschaft.« Das Papier war im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss umstritten und wurde nach langen Debatten abgelehnt. Ich stellte die Frage, ob Bedenken bestünden, wenn wir das Papier als »Thesen zum Gespräch« weiter erörterten. Nach den ermüdenden Auseinandersetzungen gab es dazu keinen Widerspruch.

Wir luden dann zum 24. September 1980 zu einer Konferenz mit Referenten aus europäischen Ländern zur Thematik »Verschiedene Kulturen – gleiche Rechte« nach Frankfurt am Main ein. Dort wurden die umstrittenen Thesen zur Diskussion vorgetragen. Das öffentliche Echo hat uns überrascht. Durch diese Thesen wurde eine Debatte losgetreten, die Jahrzehnte andauerte. Im Rat der EKD war die Aufregung groß und mir wurde gesagt, dass ich den Satz mit der multikulturellen Gesellschaft nicht wiederholen solle.



Als Geschäftsführer des Ausschusses der Kirchen für Ausländerfragen in Europa habe ich die Thematik allerdings weiter bearbeitet und Publikationen wie »Multikulturelles Zusammenleben. Theologische Erfahrungen« (1983) oder »Kulturelle Vielfalt statt nationaler Einfaht. Eine Strategie gegen Nationalismus und Rassismus« (1989) herausgegeben. Inzwischen wird nicht mehr bestritten, dass wir in einem Land mit kultureller Vielfalt leben. Dazu gibt es sogar Programme der Bundesregierung. Und das Motto der Interkulturellen Woche im Jubiläumsjahr 2015 greift diese Thematik wieder auf: »Vielfalt. Das Beste gegen Einfaht.«

VOM TAG DES AUSLÄNDISCHEN MITBÜRGERS ZUR INTERKULTURELLEN WOCHE

Der Tag des ausländischen Mitbürgers wurde in den ersten Jahren nur von wenigen beachtet. Im Kirchlichen Außenamt der EKD führten wir 1975 eine Umfrage bei Kirchengemeinden durch – etwa 1 % von ihnen griffen den Ausländersonntag bei Gottesdiensten oder Veranstaltungen auf. Umstritten war das Datum des Tages, denn die Themen der kirchlichen Sonntage sind das ganze Jahr über belegt. Bei jedem Termin erhielten wir Protestbriefe, doch nach langen Debatten hat sich der Sonntag vor dem Erntedankfest in der Regel durchgesetzt.

Kritisiert wurde der Begriff »ausländische Mitbürger«. Jahrelang wies die Frankfurter Allgemeine Zeitung diese Bezeichnung in Kommentaren zurück, da Ausländer keine Bürger seien. Solche Kritik förderte gleichzei-



tig die Aufmerksamkeit. Von anderen wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass durch den männlichen Begriff die ausländischen Frauen ausgeschlossen würden. Schließlich wurde gesagt, dass auch die eingebürgerten Zugewanderten einzubeziehen seien. Nach langen Debatten haben wir vorgeschlagen, dass man auch von »Interkultureller Woche« sprechen könne. Von manchen wurde das wegen der Nähe zur kritisierten »Multikulturellen Gesellschaft« abgelehnt. Wir schlugen deshalb vor, dass sich die Gemeinden und Gruppen vor Ort dazu eigenständig entscheiden könnten. Immer mehr sprachen dann von »Interkultureller Woche«. Und nun heißt sogar die Selbstbezeichnung »Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche«.

DER ÖKUMENISCHE VORBEREITUNGS-AUSSCHUSS

Aus dem »Zentralen Vorbereitungsausschuss« wurde bald der »Ökumenische Vorbereitungsausschuss«. Immer wieder wurde versucht, diesen etwas komplizierten Begriff zu vereinfachen. Aber er hat sich so eingebürgert, dass man ihn bis heute nicht verändert hat. Dabei ist er schon seit langem mehr als ein Vorbereitungsausschuss. Er plant Aktivitäten, wertet sie aus und greift immer wieder neue Aufgaben auf. So haben wir Anfang der achtziger Jahre im Rahmen der Woche einen eigenen Frauentag eingerichtet, um auf die besondere Situation ausländischer Frauen aufmerksam zu machen. Dann schlugen wir einen Flüchtlingstag vor – er findet bis heute in der Regel am Freitag statt und wird von PRO ASYL vorbereitet.

WAS HABEN 40 JAHRE GEBRACHT?

■ Durch die jährliche Wiederholung ist die Interkulturelle Woche nachhaltig im kirchlichen und gesellschaftlichen Leben verankert. Jährlich etwa 5.000 Veranstaltungen in mehr als 500 Städten und Gemeinden mit über 200.000 Teilnehmenden sind eine große Leistung, die Einfluss auf das Miteinander hat. Denn durch persönliche Kontakte können ablehnende Einstellungen verändert werden.

■ Die breite Kooperation einer kirchlichen Initiative mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen führt zu Synergien und förderte die Bildung weiterer sozial wirksamer Gremien wie z.B. von PRO ASYL, dem Interkulturellen Rat oder der Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus. Die breite Zusammenarbeit trägt dazu bei, dass Konkurrenzen zwischen Institutionen in der interkulturellen Arbeit nur eine untergeordnete Rolle spielen.

■ Die Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte war von Anfang an konstitutiv und wirkte sich damit beispielhaft auf viele andere Initiativen aus.

■ Im Gegensatz zu eher kurzatmigen politischen Aktivitäten ist die Interkulturelle Woche langfristig angelegt und wirksam.

■ Die Ablehnung und Diskriminierung von zugewanderten Menschen hat es schon in biblischen Zeiten gegeben. Immer wieder gibt es Phasen mit verstärkten Vorurteilen bis hin zu Gewalt. Daher ist diese Arbeit auf Dauer wichtig und nötig. Sie ist ein Beitrag zum inneren Frieden.

■ Dr. Jürgen Micksch war in der EKD als Referent und von 1974 -1984 als Oberkirchenrat für Migrationsfragen zuständig. Von 1974 bis 1995 war er Vorsitzender des ÖVA. Neben der Interkulturellen Woche rief er die bundesweite Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL ins Leben, gründete unter anderem den Interkulturellen Rat in Deutschland und die Stiftung für die Internationalen Wochen gegen Rassismus.

■ Kontakt: info@interkultureller-rat.de